

Startseite Politik **Kriegsdienst verweigern: „Nein, meine Söhne geb’ ich nicht!“**
Sterben fürs Vaterland?

Kriegsdienst verweigern: „Nein, meine Söhne geb’ ich nicht!“

🕒 Politik / Lesedauer: 7 min



Dieser Wehrpflichtige gehörte zu den bisher letzten jungen Erwachsenen, die Wehrdienst leisten mussten. Die Einberufung wurde 2011 ausgesetzt. (Foto: Peter Steffen/dpa)

Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und ein Comeback des Wehrdienstes: Was kommt da auf junge Menschen zu? Muss ich wirklich Kriegsdienst leisten? Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Veröffentlicht: 20.03.2025, 08:50

Aktualisiert: 20.03.2025, 09:04

Von:  Mike Wilms

Artikel teilen:

ANZEIGE

Die Kriegsangst in Europa wächst und Deutschland diskutiert über [die Rückkehr der Wehrpflicht](#). Union, SPD, AfD und Grüne bilden – mit unterschiedlichen inhaltlichen Nuancen – die Front der Befürworter eines Wehrdienstes.

Die marode [Bundeswehr](#) brauche mehr Personal, Deutschland müsse sich – auch angesichts des neuen Trump-Kurses in den USA – eigenständiger schützen können. Dies erfordere Aufrüstung und eine Neuaufgabe des Wehrdienstes – der aber von jedem Menschen verweigert werden kann. Denn in Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes heißt es: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“

Wagenknecht-Partei und Linke gegen Wehrdienst

Konsequent gegen ein Wehrdienst-Comeback kämpfen in der Politik

der Waffe neu aufgelegt wird.

Doch hat die etablierte Politik womöglich die Rechnung ohne den Wirt gemacht? Also ohne die jungen Leute, die zum Wehrdienst antreten müssten? So seltsam es klingen mag: Obwohl die Wehrpflicht offiziell ausgesetzt ist, [steigt bereits die Zahl der Kriegsdienstverweigerer](#).

ANZEIGE

Der junge Publizist Ole Nymoen, 27, kritisiert: „Die Herrscher eines Staats stellen den eigenen Machtaufbau oder -erhalt [...] über das Leben der Bürger.“ Und Eltern mögen an das alte Lied von Reinhard Mey denken: „[Nein, meine Söhne geb' ich nicht](#)“. So wird jetzt [in vielen Familien diskutiert](#), auch mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen von Union und SPD, in denen die Wehrdienst-Frage ansteht. Wie kriegstüchtig will Deutschland werden? Hier einige Perspektiven.

Reinhard Mey & Freunde - Nein, meine Söhne geb' ich nicht [Offizielles Vide...



Streit um die Wehrpflicht: Die wichtigsten Fragen

Wurde die Wehrpflicht überhaupt jemals abgeschafft? Nein. Juristisch betrachtet besteht sie noch. Der Bundestag hat die Einberufung zum Grundwehrdienst im März 2011 nur „ausgesetzt“. Junge Männer müssen nun in Friedenszeiten laut Paragraph 2 des Wehrpflichtgesetzes nicht mehr zur Bundeswehr. Anders ist es „im Spannungs- und Verteidigungsfall“.

„Wehrpflicht“ oder „Wehrdienst“? Nicht alle Wehrdienst-Befürworter wollen die alte Wehrpflicht zurück – obwohl sie vom Bundestag reaktiviert werden könnte. Die SPD zum Beispiel fordert laut Wahlprogramm einen „neuen, flexiblen Wehrdienst“, der „auf Freiwilligkeit“ basiert (also ohne Pflicht), und die Einführung einer Wehrrfassung. Die CSU hingegen fordert die schnelle Rückkehr zur Wehrpflicht – noch in diesem Jahr.

Warum verweigern junge Leute den Kriegsdienst, wenn aktuell (noch) niemand eingezogen wird?
Die Zahl der Verweigerungen ist

Empfohlene Artikel

Meinung

Mit 18 ab in die Kaserne? Bitte nicht!

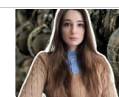
Uckermark





[und weiter auf 2.053 im Jahr 2024 \(bis zum 31. August\) gestiegen.](#) Größte Gruppe sind „Ungediente“, die vorsorglich für den Fall der Wehrpflicht-Wiedereinsetzung klarstellen wollen, dass sie sich Kriegseinsätzen verweigern.

Die Wehrpflicht muss wieder her: Unsere Nachbarn könnten da ein Vorbild sein
Ravensburg



Kommentar

Trump treibt Deutschland zurück in die Wehrpflicht
Ravensburg



ANZEIGE

Stimmt es, dass der Bundesgerichtshof (BGH) die Verweigerung im Kriegsfall für unzulässig erklärt hat? Dieses Gerücht macht derzeit in sozialen Medien die Runde. Anlass dafür ist ein BGH-Beschluss vom 16. Januar 2025. Dieser befasst sich in erster Linie aber mit der Auslieferung eines Ukrainers, der nicht in den Krieg ziehen wollte, und nicht mit deutschen Staatsbürgern. Kathrin Groh, Professorin für Öffentliches Recht an der Universität der Bundeswehr in München, [wirft dem BGH im Verfassungsblog dennoch vor](#), in dem Urteil mit Blick auf deutsche Staatsbürger die Verfassung falsch auszulegen.

Denn: In dem BGH-Beschluss steht, es sei „nicht undenkbar, dass [...] auch die deutsche verfassungsrechtliche Ordnung es gestatten oder sogar erfordern könnte, den Schutz des Kriegsdienstverweigerungsrechts in außerordentlicher Lage gegenüber anderen hochrangigen Verfassungswerten zurücktreten zu lassen“. Die BGH-Aussagen sind vor allem auf den Verteidigungsfall gemünzt und klingen in der Tat nach einer Einschränkung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, das im Grundgesetz (Artikel 4 Absatz 3) garantiert wird.

Was gilt nun? Rechtsprofessorin Groh verweist darauf, dass nicht der BGH, sondern das Bundesverfassungsgericht für die Verfassungsklausur zuständig sei. Das BGH-Urteil bedeute demnach „erst mal gar nichts“, [so Groh gegenüber der Berliner Zeitung](#). Auch in einem [Online-Beitrag der Kanzlei Graf Kerksenbrock & Kollegen in Kiel](#) wird betont, dass das im Grundgesetz „verankerte Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen uneingeschränkt bestehen“ bleibe.



Die Bundeswehr im Ausland: Ein deutscher Soldat nimmt im Jahr 2013 am Afghanistan-Einsatz teil. (Foto: Maurizio Gambarini/dpa)

Kriegsdienst verweigern: So geht's!

Wo und wie kann man den Kriegsdienst verweigern? Deutsche Staatsbürger können einen [Antrag mit Lebenslauf und Begründung beim Karrierezentrum der Bundeswehr](#) einreichen. Dieser kann laut Bundeswehr „sowohl von aktiven Soldatinnen und Soldaten, als auch von Reservistinnen und Reservisten sowie Ungedienten, also männlichen Staatsbürgern, die [...] zum Kriegsdienst herangezogen werden könnten, gestellt werden“. Seit Ausbruch des Ukraine-Krieges lassen sich nach Angaben einer kirchlichen Beratung für Kriegsdienstverweigerung zunehmend auch [ehemalige Wehrdienstleistende zu Fragen der Kriegsdienstverweigerung beraten](#).

(Ex-)Soldaten, deren Ausbildung von der Bundeswehr bezahlt wurde, sollten sich einen Rechtsanwalt nehmen, weil es in diesen Fällen auch um die [Rückzahlung von Leistungen](#) geht. Über Anträge entscheidet das [Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben](#).

Entscheidend ist hierbei, dass ausführlich und überzeugend dargelegt wird, weshalb man den Dienst an der Waffe nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann. Anschließend informiert das Bundesamt den Antragsteller über die Entscheidung. Unter Umständen reicht die Begründung für eine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer nicht aus – dann muss sie erneut und ausführlicher eingereicht werden.

Gewerkschaft vertritt Verweigerer „durch alle Instanzen“

Wer hilft Betroffenen bei juristischen Problemen mit der Kriegsdienstverweigerung? Die [Good Governance Gewerkschaft \(GGG\)](#) bereitet sich angesichts der möglichen Wehrpflicht-Rückkehr bereits auf die Annahme von Fällen vor: „Natürlich beraten und vertreten wir jedes unserer Mitglieder bei der Kriegsdienstverweigerung“, so [GGG-Chef Marcel Luthé](#) gegenüber dem Nordkurier. Seine Gewerkschaft gehe, wenn nötig, „durch alle Instanzen“. Das Grundgesetz regle in Artikel 4 Absatz 3 eindeutig: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“

ANZEIGE

Welche sozialen und wirtschaftlichen Folgen hätte eine Rückkehr zur Wehrpflicht? GGG-Chef Marcel Luthe erwartet insbesondere „eine Auferstehung des Zivildienstes“ durch Kriegsdienstverweigerungen. Ersatzdienstleistende in der Pflege müssten voraussichtlich den dort geltenden Mindestlohn erhalten. Dies schütze sie zwar vor Ausbeutung, mache die Finanzierbarkeit des Modells aber „fraglich“. Luthe fordert, mögliche wirtschaftlich „ruinöse“ Folgen der Wehrpflicht zu überdenken.

Frauen an die Front? Das sagen Friedrich Merz und Co.

Sollen eigentlich auch Frauen zur Bundeswehr eingezogen werden? Für eine Verpflichtung von Frauen müssten Bundestag und Bundesrat das Grundgesetz mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit ändern. Der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) erklärte im November 2024 in der ARD-Sendung Caren Miosga, es sei „selbstverständlich“, dass bei einer Wiederbelebung der Dienstpflicht auch Frauen mitgemeint seien.

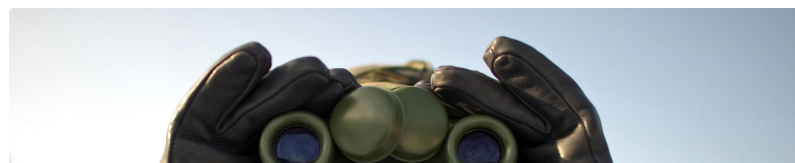
Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, hatte bereits im Juli [eine „politische und gesellschaftliche Diskussion“ um die Einbeziehung von Frauen gefordert](#). Man müsse „Gleichberechtigung herstellen“. Klar ist aber auch: Dafür müsste zunächst das Grundgesetz geändert werden. Und das geht im künftigen Bundestag nur mit den Stimmen von AfD oder der Linken.

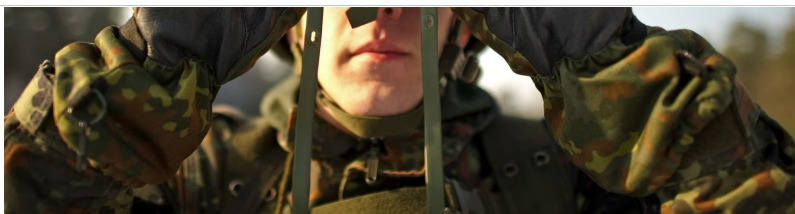
Warum warnen Kritiker vor einem neuen „Kriegsieber“ in Deutschland? Die geplante „gigantische Aufrüstung“ sei eine „Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa“, so die BSW-Politikerin Sevim Dağdelen [in einem Beitrag für das Overton-Magazin](#). Die Aufrüstung Deutschlands und einer „Koalition der Willigen in Europa“ diene dazu, den „Nato-Stellvertreterkrieg gegen Russland“ auch nach einem Ausscheiden der USA weiterführen zu können. Man nähre „die gefährliche Illusion“, die Atommacht Russland sei durch einen „Mix aus Totrüstung, Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg“ besiegbar.

Umfrage: Deutsche wollen „auf keinen Fall“ zur Waffe greifen

Laut einer Forsa-Umfrage von Anfang März sind nur 17 Prozent der Deutschen „auf jeden Fall“ bereit, ihr Heimatland im Verteidigungsfall mit der Waffe zu schützen. Eine Mehrheit von 60 Prozent hingegen würde „auf keinen Fall“ oder „wahrscheinlich nicht“ zur Waffe greifen wollen. Klar erkennbar werden in der Forsa-Umfrage Unterschiede zwischen den Geschlechtern: 27 Prozent der Männer, aber nur acht Prozent der Frauen würden Deutschland „auf jeden Fall“ selbst mit der Waffe verteidigen.

ANZEIGE





Ein Soldat des Fernmeldebataillons 701 aus Frankenberg beobachtet auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz bei Nochten (Görlitz) während einer Schießübung den Luftraum. (Foto: Arno Burgi/dpa)

Nicht viel mit Krieg im Sinn haben auch die Anhänger der voraussichtlich künftigen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD: Knapp ein Viertel (24 Prozent) der Unionsanhänger wäre „auf jeden Fall“ bereit, selbst zur Waffe zu greifen, bei den SPD-Anhängern sind es 15 Prozent. Noch darunter liegen die Grünen-Wähler mit zehn und die Linken-Wähler mit acht Prozent.

Politikerin Löttsch warnt vor „gefährlicher Propaganda“

Und so protestierten erst am Wochenende wieder Kriegs- und Aufrüstungsgegner in Berlin am Brandenburger Tor – unter dem Motto „Kriegstüchtig – nie wieder“. Mehr als 2000 Demonstranten folgten laut Veranstalter dem Aufruf des Netzwerks [Friedenskoordination Berlin](#).

Die Linke-Politikerin [Gesine Löttsch](#) beklagte bei dem Protest, dass die ehemalige Friedenspartei Die Grünen mit ihrer heutigen Aufrüstungspolitik dem „Selbstbetrug“ verfallen sei. Löttsch warnte vor der verbreiteten Auffassung, dass Aufrüstung durch Abschreckung vor neuem Krieg schütze. Dies sei, so Löttsch, am Ende nur „gefährliche Propaganda“.